

auch die Synodendebatte über die Streitfrage der medizinischen Experimente an menschlichen Embryos erkennen. Die Synode bezog damit Stellung zu dem umstrittenen „Warnock-Report“, der der britischen Regierung unter starkem Meinungsprotest empfohlen hatte, Experimente an bis zu 14 Tage alten Embryos gesetzlich zu gestatten. Von dem früheren rechtskonservativen Abgeordneten *Enoch Powell*, unter anderem von dem Primas der britischen Katholiken, Kardinal *Basil Hume*, unterstützt, wird jetzt gegen Warnock Sturm gelaufen und versucht, mit einem neuen Gesetz alle wissenschaftlichen Experimente an menschlichen Embryos generell zu verbieten. Die anglikanischen Bischöfe mit ihrem heute liberalen Übergewicht stimmten jedoch 14 zu 8 für „begrenzte Experimente im Interesse der Behebung von Unfruchtbarkeit“, die eher konservativen Repräsentanten des Klerus stimmten 76 zu 47 dagegen, die Laienvertreter unentschieden 67 zu 67. Unter den Befürwortern waren Runcie und *John Habgood*, als Erzbischof von York zweiter Bischof in der anglikanischen Rangordnung.

Strittige Fragen wurden aufgeschoben

Die Synode, die bei ihrer Tagung unter anderem auch mit großer Mehrheit ihre *Zustimmung zum Schlußbericht der anglikanisch-katholischen Kommission* erklärte, hat auf Empfehlung der Bischöfe das seit langem umstrittene Problem der *kirchlichen Wiederverarbeitung Geschiedener* der Entscheidung des jeweiligen Pfarrers, jedoch unter Konsultation seines Bischofs, überlassen und damit auf eine einheitliche Regelung verzichtet. Es wurde auch eine umfassende *Untersuchung der Freimaurerei* beschlossen, die klären soll, ob deren Überzeugungen und Rituale mit dem christlichen Glauben vereinbar seien. Die Freimaurerbewegung in Großbritannien hat sich traditionell von der kontinentaleuropäischen darin unterschieden, daß sie nicht anti-klerikal und anti-christlich orientiert ist, und daher starke Verbreitung bis in die königliche Familie, die Church of England selbst, die Polizei, das Justiz- und Erziehungswesen gefunden hat.

Mit knapper Mehrheit lehnte das an-

glikanische „Parlament“ einen Versuch ab, in der *umstrittenen Frage der Bischofsernennungen* eine erneute Konfrontation mit den gewählten Volksvertretern in Westminster zu riskieren. In einer typisch englischen Kompromißlösung sind der Staatskirche die ihr einst von Heinrich VIII. geraubten Rechte der eigenen Bischofswahl praktisch zurückerstattet worden. Bischöfe werden von der Königin ernannt, aus Kandidaten ausgewählt, die ein anglikanischer Parlamentsausschuß vorschlägt. Ihre kirchliche „Wahl“ findet erst danach statt. Ironischerweise war der Name des umstrittenen Bischofs von Durham, der als feuriger Thatcher-Gegner aufgetreten ist, von der Premierministerin selbst der Königin zur Bestätigung vorgelegt worden. Die Synodendebatte ließ jedoch einen neuen Trend erkennen, mit den der Church of England verbleibenden staatlichen Bindungen aufzuräumen, dem sich heute das breite Kirchenvolk entgegenstemmt. Es möchte an der staatlichen Vormachtstellung festhalten, nicht zuletzt als Schutz vor den kirchlichen „Aktivisten“.

R. H.

Das „Paramilitärische“ im Wettbewerb der Systeme

Zur Rolle der Geheimdienste im Ostblock

Die sowjetische Bedrohung des Westens wird gewöhnlich als eine militärische gesehen; eine andere, gewissermaßen paramilitärische Dimension des Wettbewerbs der Systeme wird kaum analysiert: die Rolle der Geheimdienste.

Die seit Ende 1982 diskutierte brisante Frage einer „bulgarischen Verbindung“ bei dem „Jahrhundertverbrechen“ (*Amintore Fanfani*), dem Anschlag auf den Papst vom 13. Mai 1981, sowie der Ermordung des polnischen Geistlichen *Jerzy Popieluszko* am 19. Oktober 1984, die Polen erneut mit einer Krise drohte, haben inzwischen das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese scheinbar unsichtbare Dimension der östlichen Politik gelenkt.

Immer wieder ist betont worden, es sei einfach nicht möglich, aufgrund offener Quellen diese Problematik zu behandeln. Doch ein Riesenapparat, wie der sowjetische KGB – der zusammen mit seinen östlichen Filialen zwi-

schen einer halben und zwei Millionen Mitarbeitern beschäftigen soll (vgl. Spiegel, 3. 1. 82) – kann gar nicht in totaler Dunkelheit operieren. Eine kritische Systematisierung der vorhandenen Informationen erlaubt zumindest eine Sensibilisierung der Aufmerksamkeit; natürlich können dabei viele Deutungen einstweilen nur *provisorisch* sein.

Die Sowjetisierung Osteuropas und die Rolle der politischen Polizei

Die politische Polizei, die „Tscheka“, war eine der ersten staatlichen Institutionen, die aus der Oktoberrevolution hervorging. Seither hat sie jede Machtausdehnung des sowjetkommunistischen Einparteieregimes begleitet.

Die Sowjetisierung der im Zweiten Weltkrieg von der UdSSR neu hinzugewonnenen Gebiete wurde eingeleitet durch „Smersch“ („Tod den Spionen“, der Name der mili-

tärischen Gegenspionage der Staatsicherheit), die die ersten „Säuberungen“ vollzog. Symptomatisch war das Vorgehen in Polen. Bereits im Kriege sammelte Smersch Informationen nicht etwa nur über Nazi-Kollaborateure, sondern über alle Personen, die politisch-gesellschaftlich potentiell bedeutsam schienen.

Der Geheimdienst operierte auch in „befreundeten“ Ländern wie eine extraterritoriale Macht. So trat 1947 der neugegründete tschechoslowakische Geheimdienst STB (Státná Tajna Bezpečnosti) ohne Autorisierung und sogar gegen den Willen der Regierung den Grenzschutz und die Zwangsaussiedlung der Deutschen an sowjetische Sicherheitskräfte ab. Als die Regierung an Austritt aus der unter Geheimdienstkontrolle stehenden Kominform dachte, inszenierte *Lawrentij Berijas* Polizeiapparat den Coup vom Februar 1948.

Im gleichen Jahr vollzog aber Tito eben diesen Schritt: die Frage der Rolle des Geheimdienstes und speziell des sowjetischen war ein wesentliches Moment hierbei. Moskaus Antwort waren die großen Prozesse von 1949, u. a. ein Reflex des Machtkampfes von Malenkow und Berija gegen ihren mit Titos Abfall endgültig in Ungnade gefallenen Gegenspieler *Andrej Sbdanow*. Der tiefere Zweck aber war offenbar, jede erste Aussöhnung der neuen Regime in Osteuropa mit ihren Gesellschaften – und damit einen Gewinn an *autonomer* nationaler Legitimität – zu unterbinden. Zugleich verdeutlichte diese Aktion unter der Oberleitung von General *Wiktor Abakumow* („Bjelkin“) das Ausmaß der Synchronisation des osteuropäischen Systems der Staatssicherheit. Bis heute gibt es eine Art besonderer geheimdienstlicher Fraternität im Sowjetimperium. Von allen neuen Institutionen haben die Sicherheitsapparate am engsten mit Moskau kooperiert bzw. sich als am wenigsten anfällig für den Bazillus des „Nationalismus“ erwiesen.

Unter fester Kontrolle des KGB

Geschaffen wurden diese Apparate unter direkter Anleitung des KGB und nach dessen Vorbild. Ihre führenden Funktionäre waren zunächst Männer mit NKWD-Hintergrund; das „Fußvolk“ wurde vor allem aus den Partisanenbewegungen (im Kriege ein Zuständigkeitsbereich von Smersch) rekrutiert, wobei der sozialen Herkunft nicht weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde als durch die SS der rassistischen. Bis heute pflegen Spitzenfunktionäre der Staatsicherheit in Moskau geschult zu werden, wo sie auch einen Treue-Eid auf die Sowjetunion ablegen müssen.

Etwa Mitte der fünfziger Jahre wurden die sowjetischen Kontrolltechniken über die „Bruder“-Dienste verfeinert und damit für den Außenstehenden weniger sichtbar. Die Weisungen erteilenden „Berater“ machten einem mehr „kooperativen“ Verhältnis aufgrund von Verbindungsoffizieren in den zentralen Stäben Platz; darüber hinaus rekrutierte der KGB ein Netzwerk heimlicher Informanten. So wird etwa von der bulgarischen DS (Darshawna Sigur-

nost) berichtet: Jede ihrer sieben Abteilungen hat einen besonderen sowjetischen Verbindungsoffizier und darüber hinaus ca. 20 weitere KGB-Funktionäre in ihrem Stab. Ja, der ehemalige DS-Oberst *Stefan Swerdlew* schätzt, daß es unter den – auf 30 000 geschätzten – Offizieren der DS ca. 400 KGB-Funktionäre gibt, davon 300 in den Abteilungen Auslandsaufklärung und Gegenspionage (Time, 14. 2. 83; Libération, 11. 12. 82). Analoge Meldungen liegen über den polnischen, den DDR- und den kubanischen Geheimdienst (der 1968 endgültig vom KGB „gleichgeschaltet“ wurde) vor.

Dennoch unternahmen die osteuropäischen Regime immer wieder Versuche, sich von dieser heimlichen KGB-Bevormundung freizumachen: Im Oktober 1956 schaffte *Imre Nagy* die AVO (Államvedelmi Osztály) als eigenständige Institution (seit März 1946) ab und unterstellte sie dem ungarischen Innenministerium; in Polen begann *Wladyslaw Gomulka* sein Regime mit einer ausdrücklichen Distanzierung von den Ausschreitungen des Polizeiapparats, den er verstärkt politischer (und nationaler) Kontrolle zu unterwerfen suchte; zur Zeit des Prager Frühlings übernahm *Alexander Dubček* im Juli 1968 die Aufsicht über die ZK-Abteilung für Streitkräfte und Sicherheitsorgane; General *Wojciech Jaruzelski* vollzog einen vergleichbaren Schritt im November 1984. Die Frage der Kontrolle über die Staatssicherheit war auch ein Grund für die sowjetischen Interventionen, für die sich die „nationalen“ Apparate immer wieder – 1956, 1968 und 1981 in Polen – stark machten; denn nur zu deutlich empfinden diese: Ihr eigenes Schicksal ist an den Fortbestand stalinistischer Herrschaftspraktiken geknüpft.

Solidarność und die neue polnische Krise

Nach der Krise von 1956 vermochte es der KGB, ab etwa 1957 Gomulkas Nationalkommunismus mittels seiner Kontrolle über die Personalpolitik, das Ausspielen der verschiedenen Machtapparate gegeneinander und schließlich auch dank seiner Verbindungsoffiziere und Informanten zu unterlaufen: Bis 1959 hatten die Konservativen gesiegt. Angesichts um sich greifender Apathie in der Partei und Unruhe in der Intelligenz verstand es General *Mieczyslaw Moczar*, der Hauptverbindungsmann des KGB, bis Ende der sechziger Jahre die politische Polizei in Polen geradezu als die eigentlich effiziente und nationale Institution hinzustellen und damit faktisch ein konkurrierendes Machtzentrum zu schaffen.

Seit 1976 nahm in Polen der heimliche Polizeiterror erneut zu. Da konfrontierte im August 1980 die Solidarność das Parteiregime mit seiner bislang größten Herausforderung: einer authentischen, wohlorganisierten und autonomen Arbeiterbewegung.

Auch die sowjetische Führung, nach der Afghanistan-Intervention von Ende 1979 in der Isolierung, schwankte offenbar. *Andrej P. Kirilenko*, der „dritte“ Sekretär, soll *Edward Gierek* auf einem geheimen Treffen zur Härte gedrängt haben. Breshnew dagegen war, wie schon im Dezember 1967 angesichts der Prager Reformbewegung

(vgl. *J. Sejna*, *We Will Bury You*. London 1982, S. 172–3), der Meinung, interne Reformen seien tragbar, solange Polen seinen Verpflichtungen im Militärbündnis nachkam, kurz, er zeigte „Verständnis“, wie Kania am 11. Juni 1981 bemerkte.

Von KGB-Chef *Jurij Andropow* wurde gemunkelt, er sei für den Eingriff. Doch der Leiter des Apparats, der traditionell der Haupttrivale des Militärs gewesen ist, dürfte schwerlich für eine rein militärische „Lösung“ plädiert haben. Auch im Falle der Intervention in Afghanistan soll er skeptisch gewesen sein. Vor allem, als Botschafter in Ungarn hatte er eine authentische Revolution miterlebt, wohl das entscheidende Erlebnis seines politischen Lebens. 1982 gab er die sensationelle Grundsatzerklärung ab: „Wir glauben, daß für jedes Land die Formen am besten sind, die von seinem Volk akzeptiert werden und seinen Traditionen entsprechen“ (*Pravda*, 23. 4. 82).

Dennoch wurde das „klassische“ sowjetische Interventions-Instrumentarium in Bereitschaft gebracht. Am 26. März 1981 warnte die amerikanische Regierung erneut, die Rote Armee sei einmarschbereit. In der Westukraine wurden die Polizeikontrollen (wie schon 1956) verschärft. Im März sollen Konservative eine Abwesenheit von *Stanislaw Kania* und *W. Jaruzelski* genutzt haben, um – in diesem Fall vergeblich – nach der Macht zu greifen. Vor allem aber begannen die Sicherheitsorgane, ihre „bewährte“ Methode der Provokation ins Spiel zu bringen. So fand eine ganze Reihe von „Schändungen“ sowjetischer Soldatengräber und Denkmäler statt, die Ende Mai auch in der sowjetischen Presse besonders herausgestellt wurden. Bereits seit Mitte des Monats sprach diese ominös von „Konterrevolutionären“ in Polen, traditionell das Stichwort für Intervention. Im April 1981 war die rechtsradikale Organisation *Grunwald*, protegiert von Moskaus Männern *Mieczyslaw Moczar* und *Stefan Olszowski*, legalisiert worden. Später wurde gemeldet, es habe sich hierbei um eine Schöpfung der Warschauer KGB-Residentur gehandelt (*Zeitbild*, 12, 1981, S. 2).

Im Mai fand auch der so gravierende Zwischenfall in *Bydgosz* (*Bromberg*) statt, als Sicherheitskräfte offenbar den großen Aufstand auszulösen versuchten und damit nicht nur jede Normalisierung im Lande unterbinden, sondern gar die sowjetische Armee zur Intervention motivieren sollten.

Damals aber lehnte es eine Regierungsdelegation ab, mit Vertretern der *Solidarność* über die Rolle der Staatssicherheit und Strafjustiz zu sprechen. Ja, das „Neue Deutschland“ warnte, *Solidarność* begänne, sich am Sicherheitsapparat zu vergreifen (23. 5. 81). Am 27. Mai fand, offenbar in Moskau, ein Treffen höchster KGB-Funktionäre in Anwesenheit von *Andropow* und Parteichef *Breshnew* statt.

Das Attentat auf den Papst und die „bulgarische Verbindung“

Das war die so überaus gespannte Lage, als am 13. Mai 1981 *Ali Agca*, angeblich ein türkischer „Grauer Wolf“,

auf dem Petersplatz in Rom auf den polnischen Papst Johannes Paul II. schoß ...

Was zunächst wie die Tat eines fanatischen Moslem und Rechtsextremisten mit „Carlos-Komplex“ wirkte, wies bald auf eine „bulgarische Verbindung“ zur DS (eine beachtliche Detektivarbeit hat diesbezüglich *Claire Sterling* geleistet; vgl. *The Time of the Assassins*. New York 1983). *Ali Agca* war im Sommer 1977 in einem palästinensischen Lager im Libanon, *Bir Hassan*, zum professionellen Killer ausgebildet worden. Dieses Lager stand unter der Leitung von Arafats engstem Mitarbeiter *Abu Ijad*, dem Sicherheitschef von *El Fatah*. Dorthin vermittelt wurde *Agca* von *Teslim Tore*, dem Führer der leninistisch-linksextremen türkischen Terror-Organisation *Dev Sol*, mit Beziehungen zu *George Habbash* und zu der bulgarischen DS.

Die Idee eines Anschlags auf den Papst war bereits von dem berüchtigten Terroristen mit KGB-Verbindungen „Carlos“ *Wadi Hadad* vorgeschlagen, doch dieser große Organisator des Terrors winkte ab (*E. Sablier*, *Le fil rouge*. Paris 1983, S. 224).

1979 wurde *Agca* aus einem Istanbuler Hochsicherheitsgefängnis befreit – das Werk der türkischen Mafia. Diese wiederum wickelte ihren monumentalen Drogen- und Waffenhandel zwischen Westeuropa und Nahost über Sofia ab, speziell die Import-Export Organisation *Kintex* – eine DS-Gründung mit KGB-Funktionären in führenden Positionen. Der „Pate“ (der Mafia-Chef, *Abuzer Ugurlu*) soll seit 1974 DS-Agent gewesen sein.

In Sofia soll es auch ein Büro geben, das die Mehrzahl der aus dem Nahen Osten nach Westeuropa gehenden Terroristen koordiniert. *Agca* verbrachte etwa 50 Tage in der bulgarischen Hauptstadt, wurde mit dem Gegenwert von fast ½ Million Dollar ausgestattet und erschien dann nach zahlreichen Reisen Ende 1980 in Rom. Angeleitet wurde er dort von *Ivan Tomow Dontschew*, dem offenbar ranghöchsten Vertreter der DS in Italien (*Christian Science Monitor*, 3.–9. 11. 84). *Dontschew* besprach mit ihm auch einen möglichen Anschlag auf *Lech Walesa*, der im Januar 1981 knapp eine Woche lang Rom besuchen sollte.

So kann es nicht verwundern, daß allein Bulgarien die italienische Justiz bei ihren Nachforschungen in keiner Weise unterstützte und über den Anschlag selbst mehr als spärlich berichtete. Auf die Italiener wurde sogar massiver politischer Druck ausgeübt, bis hin zu einer Entführung und Morddrohungen. Im Februar 1983 wurde die Leiche des Oberstleutnants *Bernard Nut* von der französischen DST (*Direction de la Surveillance du Territoire*) gefunden (einer der wenigen Geheimdienste, der von vornherein an eine „bulgarische Verbindung“ glaubte und den Vatikan vor dem Anschlag gewarnt hatte): offenbar ein Grund für die Ausweisung von 47 Sowjet-„Diplomaten“ durch Präsident *Mitterrand* im April des gleichen Jahres. Am 31. Oktober 1984 gab Untersuchungsrichter *Ilario Martella* das Ergebnis seiner über zweijährigen Bemühungen bekannt: Dennoch handelte es sich bei dem Anschlag in der Tat um ein internationales Komplott.

In der bulgarischen DS wurden nach dem Attentat ge-

wisse Personalveränderungen vorgenommen. So wurde der Botschafter in Prag, *Jiřkov Popov* – der vermutlich für die Spionage in Westeuropa zuständig war –, wegen Korruption abgesetzt; abgesetzt wurde auch der Leiter der ZK-Abteilung für Auslandskader. Ein Gesetz über „Personen unter dem Schutz der internationalen Öffentlichkeit“ wurde verabschiedet (*Le Monde*, 31. 12. 82). Im Februar 1983 wurde eine Kommission zur Sammlung aller Informationen zum Falle Ali Agca gebildet. Im Mai reiste der neue KGB-Chef *Wiktor Tschebrikow* unter unüblicher Publizität nach Sofia.

Inzwischen hatte Moskau eine Desinformationskampagne lanciert, die eine ... „CIA-Verbindung“ herstellen sollte. Das war u. a. der Zweck einer Artikel-Serie von *Jona Andronow* – einem Obersten des KGB – in der „Literaturnaja gaseta“.

Indizien und Motive weisen in dieselbe Richtung

Doch wieder gab es eine Panne. Im September 1983 setzte sich der Redakteur für westliche Literatur, *Oleg Bitow*, in den Westen ab. Anlässlich des Film-Festivals in Venedig hatte er in Rom Unterschriften unter „progressiven“ Intellektuellen zugunsten der CIA-Verbindung sammeln sollen. Im Januar 1984 erhielt er politisches Asyl in London. Obgleich er sich weigerte, über das Attentat zu sprechen, verschwand er dann urplötzlich – unter Zurücklassung aller Habseligkeiten – im August 1984, um auf einer Moskauer Pressekonferenz wiederaufzutauchen. Die Vermutung lag nahe: Der KGB hatte einen Mann „repatriert“, der zu viel wußte (*A. Gladilin*, *Radio Liberty Research*, RL 40/84, 1. 1. 84).

Nicht nur die Indizien, auch die plausiblen Motive wiesen in die gleiche Richtung. Sowjetische Konservative und der KGB deuteten bereits die Wahl des polnischen Kardinals *Wojtyla* zum Papst am 16. Oktober 1978 als Komplott der CIA und *Zbigniew Brzezinski*, Carters aus Polen stammenden Sicherheitsberater (vgl. *A. Alexiev*, *The Kremlin and the Pope*. Santa Monica, Cal., April 1983; *P. B. Henze*, *Misinformation and Disinformation*, in: *Survey*, vol. 27, 1983, S. 2–21). Die Schüsse auf dem Petersplatz, so wurde sogleich im Vatikan vermutet, galten dem geistigen Haupt eines wiedererstarkenden polnischen Nationalgefühls. *Brzezinski* meinte daher, die bulgarische Verbindung zu leugnen, bedürfe eines Glaubensaktes.

Die DS aber gilt seit je als die loyalste Filiale des KGB, die ohne dessen Anleitung keinerlei Auslandsoperationen unternimmt. Schon seit längerem spielte sie die Rolle einer sowjetischen Surrogatstreitkraft, so bei der Förderung des Terrorismus zur Destabilisierung der Türkei, in Italien (wo sie um etwa 1980 den tschechoslowakischen Geheimdienst ablöste), in Jugoslawien, Griechenland, Nahost und Afrika. Etwa 80% aller an die palästinensische Guerilla gelieferten Waffen, so wurde aus Israel nach der Intervention im Libanon vom Juni 1982 gemeldet, waren im bulgarischen Varna verschifft worden.

Die plausibelste Hypothese zur Deutung des Anschlags auf den Papst bleibt damit die des italienischen Verteidigungsministers *Lelio Lagorio*: Die Tat wurde von der sowjetischen Führung als Alternative zu einer sonst für womöglich unumgänglich gehaltenen Militärintervention betrachtet (*The Economist*, 25. 12. 82).

Traditionell hat sich die Sowjetunion selbst in ihren schlimmsten Tagen bei politischen Morden im Ausland beschränkt auf „Verräter“, speziell Überläufer aus ihrem Geheimdienst, „professionell“ unumgängliche Schritte im Krieg der Geheimdienste und „abgefallene“ ehemalige Bürger, die „antisowjetische“ Handlungen im Hinblick auf eine Einwirkung auf die inneren Verhältnisse in der Sowjetunion unternahmen. Chruschtschow scheint zu Beginn der sechziger Jahre die „mokrye dela“ („feuchten Angelegenheiten“) bewußt eingeschränkt zu haben. Wo diese Methoden dennoch nötig wurden – der Kreml geht dabei rein pragmatisch-realpolitisch vor –, greift man möglichst auf gedungene ausländische Kriminelle oder Agenten fremder Nationalität zurück, also auf Leute, die keinerlei augenscheinliche Beziehung zur UdSSR oder zum Kommunismus unterhalten.

Ein Mord und sein Nachspiel: Der Fall Popieluszko

Inzwischen war in Polen der Priester *Jerzy Popieluszko* mit seinen monatlichen Predigten zum neuen Kristallisationspunkt der gesellschaftlichen Bewegung geworden: ein „Savonarola des Antikommunismus“, wie Regierungssprecher *Jerzy Urban* (unter Pseudonym) schrieb, ein „Feind“ des Sozialismus, wie die „Iswestija“ im September betonte. Der Geistliche, der dem Papst besonders nahestand, war noch dazu der Verbindungsmann zur Untergrund-Solidarność. Nachdem alle Pressionen scheiterten, ihn zum Schweigen zu bringen, wurde er am 19. Oktober 1984 von Sicherheitsfunktionären ermordet. Dabei war sein Tod kein Einzelfall, sondern Höhepunkt eines heimlichen Krieges der Staatsicherheit mit der Gesellschaft, dem jährlich etwa 200 Personen zum Opfer fielen.

Doch die Tat, die von einer radikalen Fehleinschätzung der zu erwartenden Reaktion der polnischen Öffentlichkeit ausging (wozu der KGB neigt), wurde nicht nur von *Lech Walesa*, sondern vom Jaruzelski-Regime selbst als schiere „Provokation“ verstanden, ein „Akt des politischen Banditismus gegen alles, was die Regierung erstrebt“ (*Urban*), also gegen die faktisch so nötige Normalisierung – auch der Beziehungen mit dem Westen.

Das Jaruzelski-Regime reagierte mit dem Versuch, seine Führungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit herauszustellen. Der General übernahm die politische Oberaufsicht über das Innenministerium. Ende Dezember 1984 lief der Prozeß gegen die Täter an – trotz aller Vertuschungsversuche doch ein Signal und ein in seiner Art einmaliges Ereignis in Osteuropa. Denn faktisch war allen klar: Die Funktionäre konnten nicht auf eigene Faust, sondern nur auf Weisung „von oben“ handeln, und das Innenministerium

ist vom KGB infiltriert. Die für Religionsfragen zuständige Hauptverwaltung 5 des KGB unterhält dort eine eigene Beratergruppe. Direkte Weisungen (oder Andeutungen) aus Moskau sind denkbar. Jaruzelski aber sah sich nach der Tat zwischen der Skylla der eigenen (und westlichen) Öffentlichkeit und der Charybdis eines Konflikts letztlich mit dem KGB – und trat offenbar die „Flucht nach vorn“ an: ein politisch nicht risikoloser, aber doch wohl ein realistischer Schritt.

Eine neue politische Herausforderung

Im Kampf gegen allen „Liberalismus“ und letztlich jede politische und soziale „Fremdmacht“, jede Kraft, die nicht unmittelbar unter Parteikontrolle steht, hat der KGB zunehmend über Grenzen hinausgegriffen, zumal er heute auch im Dienste der sowjetischen internationalen strategischen Position eingesetzt wird. Hierbei hat er verstärkt auf seine „Filialen“ zurückgegriffen und ist sogar vor einem De-facto-Bund mit dem internationalen Terrorismus und Verbrechen nicht zurückgeschreckt.

Die kürzlichen Ereignisse zeigen, daß es nicht länger angeht, solche Methoden totzuschweigen. Diese liefen faktisch auf ihre Ermutigung hinaus. Zudem ist in Osteuropa jede weiterreichende Erneuerung – auch die Voraussetzung von mehr „organischen“ (Helmut Sonnenfeldt) Bezie-

hungen zur UdSSR – wenig wahrscheinlich, solange die Geheimdienste als Bollwerke stalinistischer Herrschaftstechniken agieren. Ja, mit seiner zum Teil von Ressortbörnertheit geprägten Informationen dürfte der KGB auch der Moskauer Führung (längerfristig) nicht immer gute Dienste erwiesen haben (z. B. 1968).

In den sozialistischen Ländern ist es kaum möglich, hierüber zu sprechen. Noch am ehesten kann das eine autonome Öffentlichkeit im Westen. Öffentliche Bloßstellung aber erschwert nicht nur die geheimdienstlichen Methoden; sie würde auch den politischen Preis derartiger Aktionen erheblich steigern: Die Männer im Kreml sind sorgfältig kalkulierende Realisten. Astrid von Borke

Literatur zum Thema:

J. R. Adelman (Hg.), *Terror and Communist Politics*. Boulder, Colo. und London 1984.

K. W. Fricke, *Die DDR Staatsicherheit*. Köln 1982.

S. Wolin und R. M. Slusser (Hg.), *The Soviet Secret Police*. New York 1957.

Besonders aufschlußreiche Memoiren ehemaliger „Insider“ sind: P. Deriabin und F. Gibney, *The Secret World*. London 1959.

„A. I. Romanov“, *Nights are Longest There*. London 1972. (Anfang 1984 wurde die Leiche des Autors, B. Bachlanow, in einem Teich des Wimbledon Common gefunden.)

„Geschmack an der Freiheit vermitteln“

Ein Gespräch mit Professor Alfons Auer über Moraltheologie heute

Von einer Wiederkehr des Ethischen ist in den letzten Jahren immer häufiger die Rede. Welche Rolle dabei die Moralverkündigung der Kirche und die sie wissenschaftlich bearbeitende Moraltheologie spielen können, ist umstritten. Über die damit verbundenen Probleme sprachen wir mit Professor Alfons Auer, bis zu seiner Emeritierung 1981 Inhaber des moraltheologischen Lehrstuhls an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen. Die Fragen stellte Ulrich Rub.

HK: Herr Professor Auer, man hat den Eindruck, die Moraltheologie tue sich zur Zeit ziemlich schwer: Das Lehramt pocht auf seine Kompetenz gerade auch in Fragen der Moral, die Gläubigen haben sich meist mit ihren jeweiligen Moralvorstellungen eingerichtet, ohne sich groß darum zu kümmern, was die Kirche sagt. In der Öffentlichkeit ist die kirchliche Moralverkündigung nur eine Stimme unter vielen, die man zur Kenntnis nimmt oder auch nicht. Wer hört eigentlich noch auf die Moraltheologen?

Auer: Mir scheint, daß sehr viele Menschen daran interessiert sind, die Stimme der Moraltheologen zu hören. Zum Teil kommen sie ganz von außerhalb der Kirche auf uns

zu. Offensichtlich sucht man vielfach nach einer Grundorientierung, nach grundlegenden Mustern und Modellen für das menschliche Verhalten. Aber auch innerhalb der Kirche zeigt sich ein starkes Bedürfnis in dieser Richtung. Ethische Themen sind ungemein gefragt. Insofern sind die Moraltheologen, soweit sie sich aufgeschlossen zeigen, gegenwärtig in einer sehr guten Position. Das hat vor allem auch damit zu tun, daß sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, zwischen der kirchlichen Sittenlehre und dem, was man die „gelebte Überzeugung“ engagierter Christen nennt, zu vermitteln. Diese Vermittlung kommt dadurch zustande, daß herkömmliche Lehren nicht nur retrospektiv, sondern auch prospektiv interpretiert werden.

HK: Gibt es für diese Aufgabe der Vermittlung denn zur Zeit überhaupt genügend Spielraum? Offenbar nimmt doch das Lehramt vielfach weder die gelebte Überzeugung der Christen noch die Ergebnisse der moraltheologischen Reflexion wirklich zur Kenntnis ...

Auer: Das ist zum Teil sicher richtig. Nur darf man die Unterschiede zwischen dem Verhalten des römischen Lehramts und der Lehramtsausübung durch unsere Bi-